

Rekurs im Egger Verkehrsstreit

EGG Sergio Oesch, Präsident der Egger Ortspartei Pro Egg hat gegen die Medienmitteilung des Gemeinderats zur Verkehrsführung in Egg Stimmrechtsrekurs erhoben. Oesch wirft der Egger Exekutive vor, die Stimmbevölkerung unvollständig und suggestiv zu informieren. Zudem stört er sich am vom Gemeinderat festgelegten Abstimmungszeitplan und kritisiert, dass nicht klar sei, worüber überhaupt abgestimmt werden solle. Oesch verlangt deshalb, den Urnengang vom 28. September zu verschieben. *bro* **SEITE 3**

Egger fordert Verschiebung der Abstimmung

EGG Im Egger Verkehrsstreit gehen die Emotionen weiter hoch: Mit einem Stimmrechtsrekurs verlangt ein Einwohner von Egg die Verschiebung der Abstimmung vom 28. September.

Sergio Oesch ist Präsident der im Winter 2012 gegründeten Mitte-links-Partei Pro Egg. Der Softwareentwickler setzt sich gemäss eigener Aussage für eine «transparente Politik in der Gemeinde» ein. Eine solche sieht der dreifache Familienvater durch die jüngst bekannt gegebenen Informationen der Egger Exekutive zur Verkehrsführung im Dorf nicht gewährleistet. Der Gemeinderat informiere die Bevölkerung unvollständig und suggestiv, so Oesch. Gegen die Pressemitteilung des Gemeinderats vom 10. Juli hat er deshalb beim Ustermer Bezirksrat Stimmrechtsrekurs erho-

ben. Mit diesem fordert er unter anderem, die auf den 28. September terminierte Abstimmung über die Verkehrsführung zu verschieben.

Kritik an Namensänderungen

In der von Oesch angefochtenen Mitteilung gab der Egger Gemeinderat bekannt, welche Varianten er der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegt. Zur Auswahl stehen die Varianten «Zentrum» und «oberirdisch». Erstere sieht wie bis anhin eine Verkehrsabwicklung über die Forchstrasse vor, die zu diesem Zweck verbreitert werden soll. Gemäss der zweiten soll der Verkehr von der Forchstrasse in die Neue Meilenerstrasse – und damit durch ein Wohnquartier – umgelegt werden. Die sogenannte Variante «überdeckt», die ein Tunnel unterhalb der Neuen Meilenerstrasse vorsah, hat der Gemeinderat aus Kostengründen fallen gelassen.

Der Gemeinderat selbst favorisiert die Variante «oberirdisch». Diese erlaube es, das Zentrum und die Forchstrasse aufzuwerten.

Seiner Mitteilung hat der Gemeinderat zwei Visualisierungen der beiden Varianten angehängt. Die Bilder stossen bei Oesch auf Kritik: Die möglichen Konsequenzen für das Dorfzentrum würden einseitig und überzeichnet dargestellt, Auswirkungen auf andere Ortsteile hingegen nicht gezeigt. Der Gemeinderat greife so in unzulässiger Weise in die freie Meinungsbildung der Stimmbürger ein.

Weiter kritisiert Oesch die Tatsache, dass der Gemeinderat mehrmals die Namen der jeweiligen Varianten geändert habe. Die Variante «oberirdisch» sei früher zum Beispiel als «Spange» bezeichnet worden, die Variante «Zentrum» als Variante «Null» oder «Null plus». Die ständigen Namenswechsel wür-

den die Bevölkerung verunsichern.

«Abstimmungsinhalt unklar»

Vor allem aber stört sich Oesch am Zeitplan des Gemeinderats: Am 28. August, also einen Monat vor der Abstimmung, führt dieser eine Informationsveranstaltung durch. «Gleichzeitig werden die Abstimmungsunterlagen per Post zugestellt», so Oesch. Damit den Stimmbürgern eine Meinungsbildung möglich sei, sei mehr Zeit erforderlich. Schliesslich sei der Entscheid zur Verkehrsführung in Egg «zukunftsweisend für die Ortsentwicklung».

Gemäss Oesch gehe aus der Medienmitteilung auch nicht hervor, ob über die jeweiligen Planungs- oder Baukredite abgestimmt werde oder ob die Abstimmung rein konsultativen Charakter habe. Auch das Abstimmungsprozedere sei unklar. Eine Kampagnenplanung sei auf-

grund der Unklarheit über das Abstimmungsverfahren und die Inhalte nicht möglich. Der Gemeinderat sei vom Bezirksrat deshalb anzuweisen, die Abstimmung zu verschieben.

Auch SP will Verschiebung

Derselben Meinung wie Sergio Oesch ist die Egger SP. In einer Medienmitteilung verlangt auch sie vom Gemeinderat, die Abstimmung zu verschieben. Es sei nicht nachvollziehbar, weshalb diese nun derart eile. Die Gemeinde plane in dieser Angelegenheit seit Langem, das Bundesamt für Verkehr habe einen Variantenentscheid erst per Ende 2014 verlangt. «Der Gemeinderat tritt durch sein Vorgehen die Demokratie mit Füssen», so die SP weiter.

Gemeindeschreiber Tobias Zerobin sagte auf Anfrage, dass sich der Gemeinderat nicht zu einem laufenden Verfahren äussern werde. *Benjamin Rothschild*